

CDU will Kreisverwaltung helfen

ASYL Sozialamtsleiter Bode rechnet für 2014 mit 500 Flüchtlingen im Landkreis

Das Land setze die Flüchtlinge den Kommunen vor die Tür, kritisiert Ansgar Focke. Doch Wohnraum sei knapp.

LANDKREIS/LD – Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich mit der Lebenssituation der Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis Oldenburg beschäftigt. Sozialamtsleiter Bodo Bode informierte die Kreistagsmitglieder über die derzeitige Situation im Landkreis. Für das Jahr 2014 rechnet die Kreisverwaltung mit rund 500 Flüchtlingen. Bode prognostizierte dabei alleine für das Jahr 2014 einen Fehlbetrag

von 700 000 Euro.

Gemeinsam mit der Stadt Wildeshausen und den Gemeinden arbeitet der Landkreis an einem tragfähigen Konzept. Dabei sollen Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Sprachvermittlung eine zentrale Rolle spielen.

Aufgrund der kurzen Vorlaufzeit gibt es immer wieder Schwierigkeiten mit der Unterbringung und ausreichendem Wohnraum. „Oft bekommen

wir nur wenige Tage vorher eine Nachricht, dass neue Flüchtlinge im Landkreis angekommen“, sagte Bode. Eine Zumutung, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Ansgar Focke findet. „Die Kommunen bekommen die Menschen vom Land einfach vor die Tür gesetzt. Eine vernünftige Vorbereitung und Organisation von Unterkünften ist nicht machbar. Das muss aufhören“, so Focke deutlich.

Die CDU-Fraktion sagte der Kreisverwaltung Unterstützung bei der schwierigen Aufgabe zu. „Das Angebot von Sprachkursen ist für uns ein zentraler Bestandteil eines solchen Konzepts. Wir unterstützen die Idee und

wünschen uns, dass die Teilnahme verpflichtend wird“, so Focke.

Die Bundestagsabgeordnete und stv. Fraktionsvorsitzende Astrid Grotelüschen unterstreicht diese Forderung und informiert, dass auch die schnellere Aufnahme von Arbeit für diese Personengruppe ein wichtiger Punkt wäre. „Am 3. Juli haben wir mit großer Mehrheit ein Gesetz auf den Weg gebracht, dass unter anderem die Frist auf drei Monate verkürzt. Seither warten wir auf die Zustimmung des Bundesrates. Angesichts der aktuellen Entwicklung sollte auch die rot-grüne Landesregierung sich für eine kurzfristige Zustimmung einsetzen.“

